Institut für Konjunkturforschung

Grenzlandnummer

WOCHENBERICHT
DES
INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG
HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

10. JAHRGANG BERLIN, DEN 22. JUNI 1937 NUMMER 25

Nachdruck und Vervielfältigung sowie schriftliche, telegraphische und telephonische Verbreitung — auch auszugsweise — ohne besondere Genehmigung nicht zulässig

Die Wirtschaftslage in den Grenzgebieten

Die Wirtschaftsstruktur der Grenzgebiete . . . . . S. 134
Arbeitslosigkeit und Wanderungsbewegung . . . . . S. 135
Die landwirtschaftliche Produktion in den Grenzgebieten . . . . . S. 136
Die Siedlungs- und Wohnungsfrage in den Grenzgebieten . . . . . S. 138
Verkehrspolitik und Grenzlandwirtschaft . . . . . S. 140
Das Grenzlandproblem in der industriellen Mobilmachung des Auslands . . . S. 142

Dieser Tage wird in Karlsruhe ein „Grenzwirtschaftsausschuß" der Reichswirtschaftskammer konstituiert. Aus diesem Anlaß ist die vorliegende Nummer der Wochenberichte der Wirtschaftslage in den deutschen Grenzgebieten gewidmet.

Die nationalsozialistische Aufbauarbeit seit 1933 hat die deutsche Wirtschaft in allen Teilen des Reiches erfaßt. Eine Untersuchung im einzelnen zeigt aber, daß die Grenzlandbezirke mit dem Vormarsch der übrigen Gebiete nicht Schritt gehalten haben. Hier liegen Schwierigkeiten insbesondere struktureller Art vor, wie sie sich etwa aus der gegenüber 1913 veränderten Verkehrslage, aus dem Verlust großer Hinterlandgebiete, aus der handelspolitischen Absperrung der angrenzenden Abnehmerländer usw. ergeben; hinzu kommen Umstellungen, die mit der wehrwirtschaftlichen Durchdringung der deutschen Volkswirtschaft zusammenhängen. Diese Tatsachen machen es verständlich, daß trotz aller Fortschritte und Erfolge im einzelnen die Wirtschaftslage in den Grenzlandbezirken häufig noch nicht so günstig ist wie im Reichsdurchschnitt; höhere Arbeitslosigkeit und Abwanderung der Facharbeiter sind wichtige Symptome für diesen Zusammenhang.

Bei der staatspolitischen Wichtigkeit der Grenzgebiete — wie sie durch die Bildung des Grenzwirtschaftsausschusses bei der Reichswirtschaftskammer nachdrücklich unterstrichen wird — drängen sich eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf, die, zum Teil schon bisher durchgeführt, in verstärktem Umfang zu ergreifen wären.

Einmal können die Grenzgebiete bei öffentlichen Aufträgen vor allem der zivilen Bedarfsträger in noch stärkerem Umfange als schon bisher bevorzugt berücksichtigt werden. Die verwaltungsrechtlichen Handhaben hierfür sind in der Verdingungsordnung für Leistungen — ausgenommen Bauleistungen — und in den ergänzenden Erlassen des Reichswirtschaftsministers (Reichsausgleichstelle für öffentliche Aufträge) bereits gegeben. Weiter liegen in verkehrspolitischer Richtung eine Reihe von Möglichkeiten, die die „Verkehrsferne" der Grenzgebiete durch entsprechende Tarifgestaltung für Rohstoffzufuhr und Güterabsatz zu mildern imstande wären. Verkehrserschließung durch verstärkten Straßenbau, Besserung der Produktionsbedingungen durch reichlichere Versorgung mit Rohstoffen und Krediten bezeichnen weitere Etappen auf diesem Wege. Ein allmählicher „struktureller" Umbau der Grenzwirtschaft schließlich durch Ansiedelung neuer und arbeitsintensiver Industrien sowie durch Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung würde die Auftriebskräfte auch in den Grenzgebieten vervielfachen. Damit aber wären die Existenzgrundlagen der Grenzbevölkerung soweit gesichert, daß durch planmäßige Siedelungs- und Baupolitik die Wanderungsbewegung abgestoppt und die Stärkung des deutschen Volkstums gerade im Grenzland erreicht werden kann.

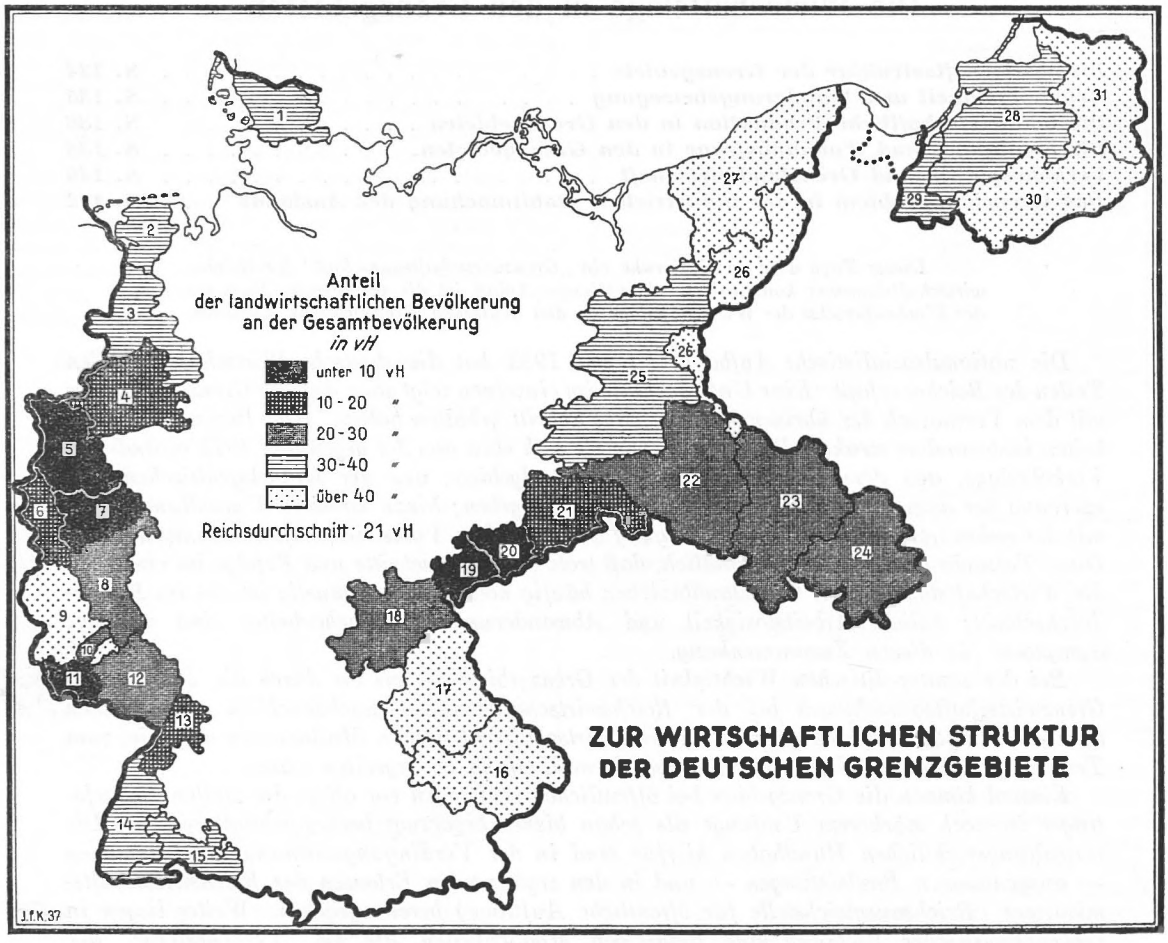
*

Die folgenden Einzeluntersuchungen können aus dem Gebiet der Grenzlandarbeit nur einen bescheidenen Ausschnitt erfassen; sie zeigen aber mit aller Deutlichkeit die Bedeutung des bisher Erreichten und die Ansatzpunkte für eine verstärkte wirtschaftliche Belebung auch in den Grenzlandgebieten der deutschen Volkswirtschaft.

Die Wirtschaftsstruktur der Grenzgebiete

Die deutschen Grenzgebiete, wie sie im nachfolgenden Schaubild und in der Übersicht auf Seite 135 zusammengefaßt sind, weisen die verschiedenartigste wirtschaftliche Struktur auf. Gemessen an der Verteilung der Bevölkerung auf Industrie und Landwirtschaft, sind die deutschen Grenzräume überwiegend agrarischer Struktur, am ausgeprägtesten im deutschen Osten, in Ostbayern, Trier, im Emsland und in Nordschleswig. Unter diesen Teilen des Reiches befinden sich einige, in denen bis über die Hälfte der Gesamtbevölkerung zur Landwirtschaft gehört.

an diese Schwerindustrie-Standorte angegliedert. Weiter weisen die südwestdeutschen Grenzgebiete eine starke Durchsetzung mit den eisenverarbeitenden Industriezweigen auf. Auch die deutsche Textilindustrie ist überwiegend an den Grenzen des Deutschen Reichs gelagert. Der Freistaat Sachsen bildet den Kern des großen zusammenhängenden Textilgebiets, das sich von dem nordöstlichen Teil Bayerns ausgehend, dem Erzgebirge folgend, über die Lausitz und die Sudeten bis ins Glatzer Bergland hinzieht. Weitere Textilgebiete befinden sich im westfälischen Grenzgebiet



Anmerkung: Die Bezeichnungen der Grenzräume sind aus der Übersicht auf Seite 135 zu ersehen.

Jedoch zählen zu den deutschen Grenzräumen auch Gebiete mit besonders hohem Industrialisierungsgrad, wie Sachsen, der rheinisch-westfälische Bezirk und das Saargebiet. In diesen Grenzindustriezentren befinden sich fast die gesamten deutschen Steinkohlenlager, auf denen sich die Großeisenindustrie mit ihren Hochöfen, Stahlwerken, Walz-, Hammer- und Preßwerken aufbaut. Oberschlesien, Waldenburg, Chemnitz, Zwickau, Aachen, das Saargebiet und Rheinland-Westfalen sind die Hauptstützpunkte der deutschen Schwerindustrie. Die eisenverarbeitenden Industrien wie die Eisen- und Stahlwarenindustrie, der Maschinen- und Apparatebau und die Feinmechanik haben sich

und im Rheinland. Mit dem ostbayerisch-sächsisch-schlesischen Textilgürtel decken sich die Hauptstandorte der deutschen Glasindustrie und Feinkeramik. An den Grenzen des Reichs, besonders im Südwesten und in Sachsen, liegen auch hauptsächlich die Gebiete, in denen Leder hergestellt und verarbeitet wird.

Dieser verschiedenartigen wirtschaftlichen Struktur der Grenzgebiete — vom hochindustrialisierten bis zum weitgehend agrarischen Raum — entsprechen Verschiedenheiten in der Siedlungsdichte: Je höher der Industrialisierungsgrad eines Gebietes ist, desto stärker ist die Verstädterung und damit die Bevölkerungsdichte,

während mit zunehmender agrarischer Bewirtschaftung die Siedlungsdichte abnimmt. So ist insbesondere die Bevölkerungsdichte in den vorwiegend ländlichen Gebieten Ost- und Nordostdeutschlands sehr gering. Während Mitte 1933 im Reichsdurchschnitt 140 Einwohner auf 1 qkm entfielen, waren es in der Grenzmark nur 44, in Ostpommern 49, im östlichen Brandenburg 68, in Ostpreußen zwischen 48 (Reg.-Bez. Allenstein) und 95 (Reg.-Bez. Westpreußen). Auch in der Oberpfalz, die den größten Teil der Bayerischen Ostmark umfaßt, in Niederbayern und an der Westgrenze im Trierer Gebiet und im Emsland liegt die Siedlungsdichte weit unter dem Reichsdurchschnitt. In den vorwiegend industriellen Grenzgebieten, besonders im Saarland, in Sachsen, der Rheinprovinz (ohne Trier und Koblenz) und in Oberschlesien finden wir hingegen eine überaus dichte Besiedlung. Dünnbevölkerten Grenzgebieten mit agrarischer Struktur stehen also andere Grenzlandbezirke gegenüber, die hochindustrialisiert und dicht bevölkert sind. Diese Strukturunterschiede machen es schwer, eine „einheitliche" Grenzwirtschaftspolitik zu erreichen.

Arbeitslosigkeit und Wanderungsbewegung in den Grenzbezirken

Die Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Grenzbezirken der deutschen Wirtschaft ließe sich dann umfassend und eingehend darstellen, wenn entsprechende Statistiken über Produktion, Einkommen und Verbrauch in diesen Gebieten vorlägen. Leider ist die deutsche Statistik regional noch nicht genügend weit gegliedert, so daß man sich mit relativ überschlägigen Gesamtüberblicken begnügen muß. Dabei ist es offenbar zweckmäßig, für die agrarischen Grenzbezirke einerseits und für die industriellen Gebiete andererseits verschiedenartige Symptome zugrunde zulegen; wir wählen für die Agrargebiete die Abwanderungsbewegung, für die Industriegebiete die Arbeitslosigkeit.

Die Abwanderungsbewegung als Wirtschaftssymptom auch für die Industriebezirke anzuwenden, ist nicht ratsam, denn die Industriebezirke erweisen sich ja gerade als die Zentren, in die die Agrarbevölkerung einwandert. In gewissem Umfang gilt dies auch für die industriellen Grenzbezirke. — Andererseits besagen Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den agrarischen Grenzbezirken für deren Wirtschaftslage in der Regel verhältnismäßig wenig, weil die Massenarbeitslosigkeit überwiegend ein Problem der Industriewirtschaft darstellt; sie beleuchtet daher zutreffend in erster Linie die Arbeitsverhältnisse in den industriellen Gebieten.

Zur Wirtschaftsstruktur der Grenzgebiete

Grenzräume (Größere Verwaltungsbezirke)	Bevölkerung [1])	Fläche [2]) in qkm	Bevölkerungsdichte auf 1 qkm	Landwirtschaftliche Bevölkerung in v. H. der Gesamtbevölkerung	Wanderungsgewinn oder -verlust vom 16. Juni 1925 bis 16. Juni 1933 in v. H.	Arbeitslose je 1 000 der Wohnbevölkerung [6])		Rückgang der Arbeitslosigkeit 1933 bis 1937 [6]) in v. H.
						Ende März 1933	Ende März 1937	
1. Nord-Schleswig [3])	303 347	4 574	66,3	35,3	— 3,2	54,1	6,3	88,4
2. Aurich	311 429	3 116	100,0	35,5	— 2,4	61,2	15,6	**74,5**
3. Osnabrück	466 882	6 204	75,2	38,4	— 0,9	47,0	5,7	87,9
4. Münster	1 561 306	7 293	214,1	15,6	— 3,5	69,3	**20,8**	**70,0**
5. Düsseldorf	4 078 590	5 497	742,0	5,1	— 0,6	**111,6**	**24,2**	78,3
6. Aachen	747 963	3 126	239,3	15,4	2,3	63,9	**29,3**	**54,1**
7. Köln	1 544 580	3 978	388,2	9,6	3,0	**91,1**	**29,6**	**67,5**
8. Koblenz	762 968	5 677	134,4	29,6	— 0,1	58,9	**21,4**	**63,7**
9. Trier	497 622	5 696	87,4	45,9	— 3,0	46,1	**23,3**	**49,5**
10. Birkenfeld	58 543	503	116,4	25,1	— 3,1	55,6	**23,3**	**58,1**
11. Saargebiet [4])	810 987	1 913	423,9	8,5	.	.	**29,2**	.
12. Pfalz	985 681	5 504	179,1	21,6	— 1,6	76,5	**23,2**	**69,7**
13. Karlsruhe	687 866	2 637	260,9	19,1	— 2,8	**95,9**	**22,4**	**76,6**
14. Freiburg	631 108	5 052	124,9	32,3	0,4	42,9	9,8	**77,2**
15. Konstanz	353 122	3 853	91,6	36,1	— 0,5	41,1	5,9	85,6
16. Niederbayern	770 260	10 745	71,7	52,1	— 5,8	35,7	16,6	**53,5**
17. Oberpfalz	652 428	9 656	67,6	41,6	— 4,8	48,7	15,7	**67,8**
18. Oberfranken	786 409	7 503	104,8	28,9	— 2,7	58,2	**19,5**	**66,5**
19. Zwickau	873 579	2 532	345,0	6,5	— 0,9	**122,0**	**28,5**	**76,6**
20. Chemnitz	1 038 595	2 082	498,9	5,4	1,1	**138,3**	**37,0**	**73,2**
21. Dresden, Bautzen	1 916 632	6 807	281,6	10,8	0,9	**134,6**	**41,4**	**69,2**
22. Liegnitz	1 259 707	13 703	91,9	28,3	— 2,9	83,4	17,9	78,5
23. Breslau	1 944 297	12 897	150,8	22,7	— 2,2	**103,9**	**38,6**	**62,8**
24. Oppeln	1 482 765	9 714	152,6	25,7	— 2,8	89,5	**31,2**	**65,1**
25. Frankfurt (Oder)	1 310 970	19 208	68,3	30,6	— 1,9	66,3	14,4	78,3
26. Posen/Westpreußen	337 578	7 715	43,8	44,3	— 5,8	53,1	17,5	**67,0**
27. Köslin (Stolp)	685 607	14 111	48,6	49,3	— 6,4	46,1	9,8	78,7
28. Königsberg	957 363	13 146	72,8	36,6	— 1,6	68,5	14,6	78,7
29. Westpreußen	277 340	2 926	94,8	33,2	— 2,7	53,6	**31,1**	**42,0**
30. Allenstein	552 541	11 520	48,0	50,5	— 7,9	36,3	**20,0**	**44,9**
31. Gumbinnen	546 057	9 399	58,1	48,1	— 5,6	43,0	**22,3**	**48,1**
Erfaßte Grenzräume (Summe 1 bis 31)	29 194 200	218 287	133,7	22,5	— 1,7	83,9	**24,2**	**71,2**
Innerdeutsches Gebiet	36 834 800	252 428	145,9	19,4	+ 0,6	**87,3**	14,7	83,2
Deutsches Reich (einschl. Saarland)	66 029 000	470 715	140,3	21,0	— 0,4	85,8	18,9	78,0

[1]) Volkszählung vom 16. Juni 1933. — [2]) Fläche am 1. Januar 1934. — [3]) Nord-Schleswig = Kreise Husum, Flensburg-Stadt, Flensburg-Land, Schleswig, Süd-Tondern, Eckernförde. — [4]) Volkszählung vom 25. Juni 1936. — [6]) Die fett gesetzten Zahlen kennzeichnen die Gebiete mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit je 1 000 der Wohnbevölkerung bzw. mit unterdurchschnittlichem Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die Abwanderung aus den agrarischen Grenzgebieten

Schon vor dem Kriege waren mit der fortschreitenden Industrialisierung seit den siebziger Jahren ununterbrochen Menschen aus den östlichen Gebieten des Reiches in die Reichshauptstadt und in die Industriegebiete West- und Mitteldeutschlands geströmt. Hier hatten sich bereits damals größere Menschenmassen zusammengeballt, während im Osten und Norden des Reiches die Bevölkerungsdichte trotz des starken natürlichen Wachstums der Bevölkerung nur wenig zunahm.

Nach dem Kriege ist diese Entwicklung nicht zum Stillstand gekommen. In dem Zeitraum von Mitte 1925 bis Mitte 1933 verloren die fast rein agrarischen Grenzgebiete[1]) durch Abwanderung über 311 000 Menschen oder rd. 3,8 v. H. der Bevölkerung von 1925. Der Abwanderungsstrom war hier weit stärker als in anderen deutschen Agrargebieten. Offenbar waren die allgemeinen Grundlagen des Wirtschaftslebens und die Erwerbsmöglichkeiten in diesen Grenzgebieten so unentwickelt und beschränkt, daß der Drang zur Abwanderung hier besonders groß wurde. Im einzelnen verloren von 1925 bis 1933 u. a. der Reg.-Bez. Allenstein (Ostpreußen) 42 000 Menschen oder 7,9 v. H. der Bevölkerung von 1925, der Reg.-Bez. Köslin (Ostpommern) 44 000 Menschen oder 6,4 v. H., der Reg.-Bez. Niederbayern 44 000 Menschen oder 5,8 v. H., der Reg.-Bez. Gumbinnen (Ostpreußen) 30 000 Menschen oder 5,6 v. H., der Reg.-Bez. Oberpfalz (Bayerische Ostmark) 29 000 Menschen oder 4,8 v. H.

Für die Zeit nach 1933 liegen umfassende Zahlenangaben über die Wanderungsbewegung noch nicht vor. Einzelne Berichte zeigen jedoch, daß auch nach 1933 noch zahlreiche Arbeitskräfte — nun vor allem die Facharbeiter — die landwirtschaftlichen und industriellen Grenzgebiete verlassen haben und in die innerdeutschen Industriegebiete eingewandert sind[1]).

Die Arbeitslosigkeit in den industriellen Grenzgebieten

Eine Aufteilung der Arbeitslosenstatistik nach Wirtschaftsgebieten — unter besonderer Ausgliederung der Grenzbezirke — zeigt deutlich, daß die industriellen Grenzlandgebiete von der Krise der Jahre 1929 bis 1932 besonders schwer erfaßt worden waren. Die Arbeitslosenziffern je Tausend der Wohnbevölkerung lagen in Sachsen, Schlesien und im Rheinland weit über dem Reichsdurchschnitt und in der Regel ebenso über dem Durchschnitt anderer industrieller Gebiete Deutschlands[2]). In diesen industriellen Grenzbezirken wurden Ende März 1933 über 1 646 000 Arbeitslose gezählt. Das waren rund 30 v. H. aller damals in Deutschland bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen. Im einzelnen waren es in den sächsischen Grenzgebieten rd. 469 000, in Schlesien 443 000 und im rheinisch-westfälischen Gebiet (Reg.-Bez. Münster, Köln, Aachen, Düsseldorf) 735 000.

Von 1933 bis zur Gegenwart hat zwar auch in den Grenzbezirken die Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der zielbewußten Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus bedeutend abgenommen; in den drei genannten wichtigen industriellen Grenzgebieten wurden Ende März 1937 rund 1 177 000 weniger Arbeitslose gezählt als Ende März 1933. Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß die Arbeitslosigkeit hier zögernder zurückgegangen ist als in anderen industriellen Bezirken des Reichs; Ende März 1937 gab es in diesen Gebieten noch rd. 469 000 Arbeitslose, d. s. fast 38 v. H. aller Arbeitslosen Deutschlands bei einem Bevölkerungsanteil dieser Gebiete von nur 25 v. H.

Die landwirtschaftliche Produktion in den Grenzgebieten

Eine Sonderstellung der Grenzgebiete mit Bezug auf die Wirtschaftsgrundlagen der landwirtschaftlichen Betriebe kann beruhen teils auf Besonderheiten in den natürlichen Produktionsbedingungen (Boden, Klima), teils auf Unterschieden in der Lage zum Markt, die sich auf den Absatz der Erzeugnisse und auf den Bezug von Produktionsmitteln auswirken. Der letztere Gesichtspunkt, die „*Marktferne*", war früher von bedeutendem Einfluß auf die Lage der Landwirtschaft in den östlichen Grenzgebieten. Sie hatte zur Folge, daß die Preisdifferenzen gegenüber den marktnahen Gebieten außerordentlich groß waren, ja, daß zeitweilig der Absatz überhaupt stockte. Hierin ist mit dem zunehmenden Abschluß der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt ein grundlegender Wandel eingetreten: ein Überangebot an wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen besteht nicht mehr, und damit ist die Gefahr der Absatznot für die marktfernen Gebiete grundsätzlich beseitigt.

Diese durch den Wandel der gesamten Versorgungslage Deutschlands bewirkte Entlastung der marktfernen Gebiete wird auf die Dauer durch die Marktordnung des Reichsnährstands gesichert. Sie regelt den früher planlosen Absatz aller wichtigen landwirtschaftlichen Produkte in einer Weise, daß Absatzstockungen in den marktfernen Gebieten auch bei reichlichem Angebot vermieden werden. Dasselbe gilt für die Preisgestaltung. Die behördliche Preisregelung hat zwar die Tatsache des „Preisgefälles" nicht grundsätzlich ausgeschaltet, wohl aber hat sie eine starke Nivellierung der Erzeugerpreise herbeigeführt, die sich zugunsten der marktfernen Gebiete auswirkt. Diese Momente haben bewirkt, daß der Einfluß der Absatzlage auf die Lage der Landwirtschaft in den Grenzgebieten an Bedeutung verloren hat.

In gewissem Sinne gilt die Tendenz zur Nivellierung auch für die *natürlichen Produktionsgrundlagen*; denn die Agrartechnik ist bestrebt, die benachteiligten Gebiete durch Bodenmelioration, verbesserte Züchtungen, Beregnung, Zwischenfruchtbau usw. den bevorzugten Landesteilen anzunähern. Dieser Prozeß erfordert jedoch lange Zeit, und zunächst wird die Verschiedenheit der natürlichen Pro-

[1]) Hier wurden zusammengefaßt die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Posen-Westpreußen, die Regierungsbezirke Frankfurt/Oder, Köslin, Osnabrück, Aurich, Trier, Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken, die Kreise Eckernförde, Flensburg Stadt, Flensburg Land, Schleswig, Süd-Tondern.

[1]) Vgl. Wochenbericht Nr. 17 vom 28. April 1937, der Ausführungen über den regionalen Facharbeitermangel enthält.

[2]) Diese Tatsache ist u. a. bei der Festsetzung von Rohstoffkontingenten, soweit diese auf Grund des Verbrauchs der Jahre 1932 oder 1933 errechnet werden, für die Grenzlandgebiete von großem Nachteil.

duktionsgrundlagen immer noch einen merklichen Einfluß auf die Ertragslage der Landwirtschaft in den verschiedenen Gebieten ausüben. Es erübrigt sich in dieser Darstellung, die nur einen Einblick in die großen Zusammenhänge geben will, auf die Unterschiede des Bodens, des Klimas, der Besitzgröße, der Arbeitsverhältnisse usw. im einzelnen einzugehen; finden sie doch alle schließlich ihren Niederschlag im Enderfolg, im Hektarertrag. In der nachstehenden Übersicht sind deshalb die Hektarerträge der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den einzelnen Grenzgebieten dem Reichsdurchschnitt gegenübergestellt worden.

Hektarerträge der Grenzgebiete

Gebiet	Getreide [1])	Kartoffeln	Heu [2])	Fleisch [3])	Milch
	dz je ha im Durchschnitt 1931/1935			dz je ha landw. Nutzfläche 1934/35	
Deutsches Reich	*19,0*	*160,0*	*45,2*	*1,20*	*7,77*
Provinz Ostpreußen	16,3	140,3	44,2	0,88	6,38
Reg.-Bez. Köslin	15,6	154,8	38,4	1,13	1,53
Provinz Grenzmark	14,9	158,7	38,9	0,87	4,30
Reg.-Bez. Frankfurt/Oder	17,0	171,3	40,4	1,11	5,48
Provinz Niederschlesien	18,0	165,6	38,8	1,06	7,51
Provinz Oberschlesien	18,5	164,4	38,4	1,26	7,73
Provinz Schleswig-Holstein	21,2	155,2	42,0	1,24	11,53
Reg.-Bez. Oberpfalz	15,9	133,2	40,4	1,18	3,70
Land Baden	16,4	134,2	45,2	1,07	7,82
Rheinpfalz	21,4	155,8	53,7	0,96	6,60
Reg.-Bez. Trier	17,7	142,9	42,4	1,10	6,70
„ „ Aachen	24,1	163,5	46,1	1,05	11,35
„ „ Düsseldorf	24,4	171,3	51,6	1,57	15,18
„ „ Köln	23,5	163,4	50,7	0,88	10,88

[1]) Gewogenes Mittel von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer. — [2]) Gewogenes Mittel von Wiesen-, Klee- und Luzerneheu. — [3]) Schlachtgewicht.

Innerhalb der östlichen Gebiete tritt deutlich die besondere Ungunst der Verhältnisse in der Grenzmark und in Ostpommern hervor: die Hektarerträge liegen bei allen Produkten erheblich unter dem Reichsdurchschnitt, nur bei Kartoffeln, der typischen Frucht des leichteren Bodens, nähern sie sich diesem Durchschnitt. In beiden Gebieten beeinträchtigen Boden und Klima die Erträge. In Ostpreußen dagegen gleicht der bessere Boden die klimatische Ungunst zum Teil aus. Erheblich günstiger steht Schlesien da, seine Erträge liegen dicht am Reichsdurchschnitt.

Im Westen stehen die Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Köln mit Erträgen, die den Reichsdurchschnitt weit überragen, an der Spitze. Es folgen die Rheinpfalz und der Reg.-Bez. Trier. Baden steht in den Getreide- und Kartoffelerträgen nicht unerheblich zurück. Am ungünstigsten ist die Ertragslage in der Bayerischen Ostmark (Oberpfalz).

Wenn der Begriff Grenzgebiet enger gefaßt würde, indem man ihn z. B. auf die unmittelbar an der Landesgrenze gelegenen Kreise beschränkte, so würden sich besonders an der Ostgrenze und in der Oberpfalz weit stärkere Abweichungen vom Reichsdurchschnitt nach der ungünstigen Seite hin ergeben.

Die Ertragslage gibt allein noch kein Bild der *Versorgungslage* mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Inwieweit ein Gebiet Überschuß- oder Zuschußgebiet ist, läßt sich erst erkennen, wenn die Erträge dem Bedarf der im Gebiet befindlichen Menschen und Tiere gegenübergestellt werden. Im folgenden sind derartige Versorgungsbilanzen für die einzelnen Grenzgebiete mit Bezug auf die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse aufgestellt worden. Hierbei wurde als Erzeugung eingesetzt: bei Getreide und Kartoffeln die Ernte abzüglich Aussaat und Schwund, bei Fleisch die Jahresproduktion an Schlachtvieh nebst Bestandszuwachs bzw. -abgang; als Bedarf sind bei Getreide und Kartoffeln sowohl die für die menschliche Ernährung als auch die für die Verfütterung benötigten Mengen zu verstehen. Bei Zucker, Fleisch, Milch und Eiern wurde der Bedarf auf Grund des durchschnittlichen Verbrauchs je Kopf im Reich berechnet.

Es zeigt sich im großen und ganzen, daß die östlichen Grenzlande Überschußgebiete an Nahrungsmitteln, die westlichen dagegen Zuschuß-

Die Versorgungslage der Grenzgebiete mit den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen
(Wirtschaftsjahr 1934/35)

Erzeugnis	Erzeugung	Bedarf	Überschuß + Fehlmenge —		Erzeugung	Bedarf	Überschuß + Fehlmenge —		Erzeugung	Bedarf	Überschuß + Fehlmenge —		Erzeugung	Bedarf	Überschuß + Fehlmenge —	
	1 000 t		1 000 t	*v. H. d. Erzeugung*	1 000 t		1 000 t	*v. H. d. Erzeugung*	1 000 t		1 000 t	*v. H. d. Erzeugung*	1 000 t		1 000 t	*v. H. d. Erzeugung*
	Ostpreußen				**Reg.-Bez. Köslin**				**Grenzmark**				**Reg.-Bez. Frankfurt/O.**			
Getreide [1])	1 760	1 339	+421	*+ 24*	605	398	+207	*+ 34*	259	175	+ 84	*+ 32*	629	557	+ 72	*+ 11*
Kartoffeln	2 328	2 154	+174	*+ 7*	1 586	1 329	+257	*+ 16*	900	561	+339	*+ 38*	2 165	1 585	+580	*+ 27*
Zucker [2])	20	55	— 35	*—175*	—	16	— 16	—	4	8	— 4	*—100*	38	31	+ 7	*+ 18*
Fleisch [3])	221	125	+ 96	*+ 43*	95	37	+ 58	*+ 61*	37	18	+ 19	*+ 51*	109	70	+ 39	*+ 36*
Milch [4])	1 610	877	+733	*+ 46*	129	80	+ 49	*+ 38*	182	127	+ 55	*+ 30*	536	492	+ 43	*+ 8*
Eier [5])	19,6	15,7	+3,9	*+ 20*	27,3	15,0	+12,3	*+ 45*	3,1	2,3	+0,8	*+ 26*	9,7	8,8	+0,9	*+ 9*
	Niederschlesien				**Oberschlesien**				**Reg.-Bez. Oberpfalz**				**Baden**			
Getreide [1])	1 166	1 023	+143	*+ 12*	594	470	+124	*+ 21*	308	242	+ 66	*+ 21*	362	657	—295	*— 81*
Kartoffeln	2 926	2 396	+530	*+ 18*	1 371	1 091	+280	*+ 20*	658	393	+265	*+ 40*	994	761	+233	*+ 23*
Zucker [2])	290	75	+215	*+ 74*	77	35	+ 42	*+ 55*	8	15	— 7	*— 88*	13	56	— 43	*—331*
Fleisch [3])	175	171	+ 4	*+ 2*	79	79	± 0	—	60	35	+ 25	*+ 42*	88	129	— 41	*— 47*
Milch [4])	1 242	1 205	+ 37	*+ 3*	486	557	— 71	*— 15*	188	245	— 57	*— 30*	643	907	—264	*— 41*
Eier [5])	15,1	21,6	—6,5	*— 43*	6,8	10,0	—3,2	*— 47*	5,7	4,4	1—,3	*— 23*	12,6	16,2	—3,6	*— 29*
	Rheinpfalz				**Trier**				**Aachen**				**Anmerkungen**			
Getreide [1])	178	268	— 90	*— 51*	178	206	— 28	*— 16*	200	212	— 12	*— 6*				
Kartoffeln	486	355	+131	*+ 26*	381	175	+206	*+ 54*	149	165	— 16	*— 11*				
Zucker [2])	26	70	— 44	*—169*	—	12	— 12	—	35	18	+ 17	*+ 49*				
Fleisch [3])	28	52	— 24	*— 86*	34	26	+ 8	*+ 24*	21	40	— 19	*— 90*				
Milch [4])	192	371	—179	*— 93*	208	187	+ 21	*+ 10*	227	281	— 54	*— 24*				
Eier [5])	4,7	6,6	—1,9	*— 40*	3,0	3,3	—0,3	*— 10*	3,8	5,0	—1,2	*— 32*				

[1]) Brotgetreide, Futtergetreide, Hülsenfrüchte. — [2]) Rohzuckerwert. — [3]) Schlachtgewicht der gesamten Fleischproduktion. — [4]) Milchproduktion der Kühe u. Ziegen abzügl. der für die Fütterung verwendeten Vollmilch. — [5]) Nur Hühnereier.

gebiete sind. Prozentual am höchsten liegt der den Bedarf überschießende Teil der Erzeugung in der Grenzmark und in Ostpommern. Es folgen Ostpreußen und der Reg.-Bez. Frankfurt/Oder. Die beiden Schlesien weisen bei Getreide, Kartoffeln und Zucker namhafte Überschüsse auf, sind aber wegen ihrer starken Bevölkerung bei Veredelungserzeugnissen nur noch zum Teil Selbstversorger.

Der Reg.-Bez. Oberpfalz hat Überschuß an Getreide, Kartoffeln und Fleisch, ist aber bei Zucker, Milch und Eiern auf Zuschüsse angewiesen. Baden und Rheinpfalz haben Überschuß an Kartoffeln, in allem übrigen sind sie ausgesprochene Zuschußgebiete. Trier ist mit Kartoffeln, Fleisch und Milch über den Bedarf versorgt. Aachen weist lediglich bei Zucker einen Überschuß auf und nähert sich bei Getreide der Bedarfsdeckung.

Die Siedlungs- und Wohnungsfrage in den Grenzgebieten*)

Die Siedlung als grenzpolitische Aufgabe

Der staats- und nationalpolitisch unerwünschten Entvölkerung der Grenzgebiete kann nur dadurch wirksam entgegengetreten werden, daß für die Grenzbevölkerung ausreichende Existenzgrundlagen geschaffen und die Grenzbewohner zugleich mit dem Grund und Boden fest verwurzelt werden.

Die notwendige Bodenverbundenheit wird durch Siedlung geschaffen. Zwei Formen der Siedlung sind zu unterscheiden:

1. die bäuerliche Siedlung.
2. die sogenannte Kleinsiedlung.

Im Gegensatz zur bäuerlichen Siedlung, die dem Inhaber der neuen Bauernstelle zugleich eine Lebensgrundlage schafft, ist die Kleinsiedlung nur Nebenerwerbsiedlung. Sie gibt dem deutschen Arbeiter die Möglichkeit, durch Nutzung der dem Kleinsiedlungshaus beigegebenen Landzulage einen Teil seiner Nahrungsbedürfnisse selbst zu decken, und macht ihn dadurch „krisenfester".

Wo keine Möglichkeiten zu ländlicher Siedlung oder zur Arbeitersiedlung gegeben sind, müssen auf andere Weise (Bau einfacher Mietwohnungen vorwiegend im Flachbau) bessere Wohnungsverhältnisse geschaffen werden.

Die bisherigen Leistungen

Im Hinblick auf die bevölkerungs- und nationalpolitische Bedeutung gesunder Siedlungs- und Wohnungsverhältnisse wurde schon bisher auch dem Siedlungs- und Wohnungsbau der Grenzgebiete Beachtung geschenkt. Seit dem Kriege sind im Reich bis Ende 1935 über 71000 neue bäuerliche Siedlungen mit einer Gesamtfläche von rund 803000 ha geschaffen worden. Von den seit 1923 errichteten Bauernsiedlungen (62000 mit 729000 ha Fläche) entfielen allein rund drei Fünftel (37000 mit 450000 ha Fläche) auf die erfaßten Grenzgebiete. Ostpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein stehen an erster Stelle.

Im übrigen (nichtländlichen) Siedlungs- und Wohnungsbau standen bis 1932 die Grenzgebiete allerdings meist hintan. Die staatlichen Subventionen, insbesondere die Hauszinssteuermittel, wurden bis 1931 vor allem dem Wohnungsbau der größeren Städte zugeführt. Wie nachstehende Übersicht zeigt, lag außer in Sachsen, dem östlichen Brandenburg und Niederschlesien in fast allen Grenzgebieten die Bautätigkeit — gemessen an der Bevölkerung — bis 1932 unter dem Reichsdurchschnitt. Seit 1933 änderte sich das Bild.

*) Die bauwirtschaftlichen Untersuchungen des Instituts werden von der „Stiftung zur Förderung von Bauforschungen" unterstützt.

Bäuerliche Siedlung im Reich und seinen wichtigen Grenzgebieten

Gebiet	Bezogene Neubauernhöfe und Neusiedlerstellen 1923 bis 1935	
	Zahl	Gesamtfläche ha
Reich	**61 879**	**729 466**
davon:		
Provinz Ostpreußen		
Reg.-Bez. Königsberg	6 485	82 284
„ Gumbinnen	2 007	25 608
„ Allenstein	1 997	25 954
„ Westpreußen	1 535	17 351
Provinz Brandenburg		
Reg.-Bez. Frankfurt/Oder	2 952	34 800
Provinz Pommern		
Reg.-Bez. Köslin	4 319	64 092
Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen	1 650	27 925
Provinz Niederschlesien		
Reg.-Bez. Breslau	3 744	37 076
„ Liegnitz	2 136	20 313
Provinz Oberschlesien	3 353	32 276
„ Schleswig-Holstein	4 845	68 481
Rheinprovinz	296	2 925
Bayern	1 498	6 324
Sachsen	226	3 048

Wohnungsbau im Reich und seinen wichtigen Grenzgebieten

Gebiet	Wohnungszugang auf 1 000 der Bevölkerung	
	Jahres-Durchschnitte	
	1919 bis 1932	1933 bis 1935
	Reich = 100	
Reich	**100,0**	**100,0**
davon:		
Provinz Ostpreußen		
Reg.-Bez. Königsberg	92,0	78,5
„ Gumbinnen	91,9	86,0
„ Allenstein	87,2	101,9
„ Westpreußen	95,4	100,9
Provinz Brandenburg		
Reg.-Bez. Frankfurt/Oder	109,7	92,5
Provinz Pommern		
Reg.-Bez. Köslin	96,2	68,2
Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen	95,9	83,2
Provinz Niederschlesien		
Reg.-Bez. Breslau	106,5	105,6
„ Liegnitz	108,7	74,8
Provinz Oberschlesien	90,8	132,7
„ Schleswig-Holstein	102,4	135,5
Rheinprovinz		
Reg.-Bez. Düsseldorf	98,1	72,9
„ Trier	77,0	56,1
„ Aachen	87,6	87,9
Bayern		
Reg.-Bez. Niederbayern	} 85,5	91,6
„ Oberpfalz		
„ Pfalz	93,8	132,7
„ Oberfranken	92,4	118,7
Sachsen		
Kreish. Chemnitz	110,5	116,8
„ Dresden-Bautzen	113,6	116,8
„ Zwickau	112,1	117,8

Im Gegensatz zu den vorausgegangenen Jahren nahm in Schleswig-Holstein, der Rheinpfalz, in Oberfranken und insbesondere auch in dem dicht besiedelten Oberschlesien der Siedlungs- und Wohnungsbau stärker zu als im Reich. In anderen Gebieten, so in den östlichen Gebieten Pommerns und Brandenburgs, in der Grenzmark, in Teilen Niederschlesiens und den rheinischen Grenzgebieten blieb das Bauergebnis allerdings zum Teil noch mehr als bisher hinter dem Reichsdurchschnitt zurück.

Die Aufgaben der Zukunft

Die bis in die jüngste Zeit anhaltende — gegenwärtig infolge des Arbeitermangels im Reich noch verstärkte — Entvölkerung der Grenzgebiete macht es notwendig, den Siedlungs- und Wohnungsbau in den Grenzlanden weit mehr als bisher zu fördern.

Zunächst muß die bäuerliche Siedlung im allgemeinen und insbesondere in den Grenzgebieten wesentlich verstärkt werden, um wenigstens einen Teil der nachgeborenen Bauernsöhne in der Landwirtschaft zu halten. Sind auch der bäuerlichen Siedlung in der Güte und in der Besitzverteilung[1]) des Bodens Grenzen gesetzt, so sind die Möglichkeiten der ländlichen Siedlung bei weitem noch nicht voll ausgenutzt. Gleichzeitig muß auch die nichtländliche Siedlung in den Grenzgebieten stärker gefördert werden. Welche Aufgaben im nichtländlichen Siedlungs- und Wohnungsbau der Grenzgebiete noch zu lösen sind, geht aus folgenden Tatsachen hervor:

1. Von den über 1,1 Millionen wohnungslosen Haushaltungen, die es im Reich Mitte 1933 gab, entfielen rund 370000 oder ein Drittel auf die Grenzgebiete. Ende 1936 dürfte sich der *Wohnungsfehlbestand* (Zahl der Haushaltungen ohne eigene Wohnung), der im Reich etwa 1,5 Millionen beträgt, in den Grenzgebieten auf annähernd 500000 belaufen. $^1/_2$ Million Siedlungen und Wohnungen müssen also gebaut werden, um zunächst einmal jeder Familie und Haushaltung in den Grenzlanden ein eigenes Heim zu geben.

2. Abgesehen von dem Wohnungsfehlbestand herrscht in fast allen Grenzgebieten starke *Wohnungsüberfüllung*. Während nach den Feststellungen der letzten Zählung von Mitte 1927 in allen Gemeinden des Reichs mit mehr als 5000 Einwohnern 5,6 v. H. sämtlicher Wohnungen überfüllt, d. h. mit mehr als 2 Personen je Wohnraum belegt waren, waren es im Durchschnitt sämtlicher Grenzgemeinden 8,6 v. H. In einer größeren Zahl sowohl ländlicher wie industrieller Grenzgebiete war die Wohnungsüberfüllung noch wesentlich höher. Mitte 1927 waren überfüllt (in den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern):

in Oberschlesien	28	v. H.	aller	Wohnungen
„ Ostpreußen	11-23	„	„	„
„ der Grenzmark ...	15	„	„	„
„ Ostpommern	12	„	„	„
„ Niederschlesien	10-16	„	„	„
„ der Oberpfalz (Bayerische Ostmark!) ..	11	„	„	„

usw.

[1]) Wo bereits der Klein- und Mittelbetrieb vorherrscht, sind die Möglichkeiten der bäuerlichen Siedlung nur gering.

Rd. 60 v. H. der überfüllten Wohnungen im Reich, die für 1927 auf über $^3/_4$ Million geschätzt wurden, dürften gegenwärtig in den Grenzgebieten liegen.

Der Wohnungsüberfüllung kann durch den Bau hinreichend großer, wenn auch einfacher Siedlungshäuser gesteuert werden.

Wohnungsfehlbestand, Wohnungsüberfüllung und künftiger Wohnungsbedarf im Reich und seinen wichtigen Grenzgebieten

Gebiet	Haushaltungen mehr (+) oder weniger (—) als Wohnungen Mitte 1933	Wohnungen mit mehr als 2 Personen je Wohnraum Mitte 1927	Anteil der Bevölkerung unter 25 Jahren an der Gesamtbevölkerung Mitte 1933
	v. H.	in v. H. sämtl. bewohnter Wohnungen [1])	Reich = 100
Reich	**+ 6,8**	**5,6**	**100,0**
davon:			
Provinz Ostpreußen			
Reg.-Bez. Königsberg ..	+ 5,7	12,9	111,8
„ Gumbinnen .	+ 2,4	15,8	113,6
„ Allenstein ...	— 2,4	22,9	125,4
„ Westpreußen	+ 4,2	10,7	115,1
Provinz Brandenburg			
Reg.-Bez. Frankfurt/O.	+ 2,6	7,9	97,2
Provinz Pommern			
Reg.-Bez. Köslin	— 3,1	11,7	113,3
Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen	— 0,1	14,9	112,6
Provinz Niederschlesien			
Reg.-Bez. Breslau	+ 4,5	16,4	104,0
„ Liegnitz.....	+ 3,8	10,1	102,8
Provinz Oberschlesien ..	+ 5,9	28,0	119,8
„ Schleswig-Holstein	+ 8,4	2,3	97,7
Rheinprovinz			
Reg.-Bez. Düsseldorf ..	+ 12,3	6,2	98,7
„ Trier	+ 7,0	7,4	116,8
„ Aachen	+ 14,1	6,0	108,0
Bayern			
Reg.-Bez. Niederbayern	— 0,1	8,5	118,8
„ Oberpfalz ...		11,0	120,1
„ Pfalz	+ 7,2	8,0	109,0
„ Oberfranken.	+ 5,0	8,3	106,5
Sachsen			
Kreish. Chemnitz	+ 6,3	6,8	94,5
„ Dresden-Bautzen	+ 7,3	2,5	87,9
„ Zwickau	+ 6,6	7,1	91,7

[1]) Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern.

3. Schließlich ist der *künftige Wohnungsbedarf* in den Grenzgebieten höher als in den übrigen Teilen des Reichs. Der zusätzliche Wohnungsbedarf in den nächsten 25 Jahren hängt, von der Binnenwanderung abgesehen, entscheidend davon ab, wie stark die Jahrgänge unter 25 Jahren, die etwa bis 1960 zur Eheschließung und zur Gründung eines eigenen Haushalts gelangen, besetzt sind. Infolge der höheren Geburtenzahl in den ländlichen Gebieten, aber auch in Oberschlesien und anderen Gebieten, sind die Altersjahrgänge unter 25 Jahren in fast allen Grenzgebieten wesentlich stärker besetzt als im übrigen Reich. So entfielen Mitte 1933 auf die Bevölkerung unter 25 Jahren in Ostpreußen zwischen 11 und 25 v. H., in Ostpommern und der Grenzmark 13 v. H., in der Oberpfalz und Niederbayern 20 und 19 v. H. mehr als im Reichsdurchschnitt. Es erfordert also auch die mutmaßliche künftige Entwicklung der wohnungsbedürftigen Bevölkerung in den Grenzgebieten eine wesentlich stärkere Siedlungs- und Wohnungsbautätigkeit als im Reich.

Freilich kann die Schaffung gesunder Siedlungen und Wohnungen, wie bereits angedeutet,

allein die Abwanderung aus den Grenzgebieten nicht zum Stillstand bringen. Es ist zugleich notwendig, durch Verkehrserschließung, durch Schaffung ländlicher Gewerbe u. a. m. bessere und auch neue Existenzgrundlagen für die Grenzbevölkerung zu schaffen. Sind solche dauernden Erwerbsgrundlagen aber vorhanden, dann ist die Siedlung ein ganz ausschlaggebender Faktor, um nicht nur der gegenwärtigen Abwanderung Einhalt zu gebieten, sondern auch um den künftigen Bevölkerungszuwachs in den Grenzgebieten zu halten und darüber hinaus durch eine schrittweise Umsiedlung die Bevölkerungsdichte der Grenzlande sogar zu erhöhen.

Verkehrspolitik und Grenzlandwirtschaft

Verlust der Absatzmärkte

Das Diktat von Versailles hat eine Reihe von deutschen Grenzgebieten nicht nur eines wichtigen Teiles ihrer natürlichen Absatzmärkte beraubt, sondern auch das auf Grund der vorhandenen Absatzwege in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaute Verkehrsnetz zerschnitten. Man denke nur an die Lostrennung Ostpreußens vom Reichsgebiet durch den polnischen Korridor oder an die enge Verflechtung des badisch-pfälzischen Wirtschaftsgebiets mit Elsaß-Lothringen vor dem Kriege.

Immerhin war die Errichtung neuer Staatsgrenzen für die Grenzländer solange kein besonderes verkehrswirtschaftliches Problem, als sich in den ersten Nachkriegsjahren auf Grund der eingespielten Handelsbeziehungen noch ein gewisser Handelsverkehr mit den nunmehr zum Ausland zählenden ehemals deutschen Gebieten aufrecht erhalten ließ. Meist aber entstanden bald an den neuen Grenzen selbständige Wirtschaftsräume, die ihre Handelsbeziehungen nicht mehr nach den Bedürfnissen des ehemaligen Mutterlandes ausrichteten, sondern teilweise ganz anders geartete Wirtschaftsaufgaben in den neuen Staatsverbänden zu erfüllen hatten. Hinzu kam, daß nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise eine protektionistische Welle die andere jagte. Der Schutz der nationalen Wirtschaft und teilweise auch der Wunsch nach einer möglichst weitgehenden wirtschaftlichen Autarkie führte gerade in den neu geschaffenen Staatsgebilden vielfach zu prohibitiv wirkenden Zollsätzen, wodurch sich für die Grenzlandbezirke, die bisher noch in einem lebhaften Warenaustausch mit den anliegenden Staaten gestanden hatten, eine besondere Notlage ergab. Der Versuch, einen Ersatz für die verlorengegangenen Absatzgebiete auf den innerdeutschen Märkten zu schaffen, konnte natürlich in Zeiten rückläufiger Wirtschaftskonjunktur nur geringen Erfolg haben. Überdies haben währungspolitische Maßnahmen, vor allem eine Reihe von Währungsabwertungen und das Stocken des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs, die wirtschaftliche Abschnürung der deutschen Grenzlandgebiete seit 1931 verschärft.

Tote Verkehrswege

Mit der Unterbindung der früheren Absatzwege haben die Verkehrsströme ihre Richtung geändert, während das zu Beginn der Nachkriegsepoche übernommene Verkehrsnetz in den Grenzlanden noch kaum tiefergreifende Wandlungen erkennen läßt. So kommt es, daß infolge der seit der Weltwirtschaftskrise eingetretenen Änderungen im Aufbau der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen ein großer Teil der durch die Grenzziehung gekappten Verkehrsstränge — namentlich im Eisenbahnverkehr — wirtschaftlich gewissermaßen in einen luftleeren Raum stößt. Aufgabe der Grenzlandpolitik ist es daher, die durch Absatzverschiebungen und durch Umstellungen im Rohstoffbezug geschwächte Wettbewerbsfähigkeit durch verkehrs- und tarifpolitische Maßnahmen wieder zu stärken. Die dabei auftauchende Problematik ist allerdings je nach den in Betracht kommenden Grenzgebieten recht verschieden.

Verkehrsprobleme einzelner Grenzgebiete

Einen verkehrswirtschaftlich einzig dastehenden Sonderfall stellt die Verbindung *Ostpreußens* mit dem Reich dar. Der hier von West nach Ost und umgekehrt laufende Verkehr kreuzt einen von Süd nach Nord den polnischen Korridor entlang fließenden Güterstrom, der namentlich in den letzten Jahren durch den Ausbau der polnischen Kohlenmagistrale und den Aufschwung des Hafenplatzes Gdingen lebhaft anwuchs. Im Falle einer Sperrung des polnischen Korridors steht lediglich der Seeweg zur Verfügung, der nicht nur eine erheblich längere Transportdauer erfordert, sondern auch zur Zeit noch gewissen Schwierigkeiten beim Umschlag begegnet, da die vorhandenen Anlagen zur Aufnahme des umgeleiteten Verkehrs noch nicht völlig ausreichen. An einer entsprechenden Erweiterung der Hafenplätze und der Binnenwasserstraßen wird gegenwärtig gearbeitet. Verkehrswirtschaftlich bleibt jedoch selbst im günstigsten Falle ein toter Raum von mindestens 100 km Breite zu überbrücken, der die Wettbewerbsfähigkeit Ostpreußens auf den deutschen Märkten sowie der Grenzgebiete *Pommerns* und der Grenzmark *Posen-Westpreußen* stark herabmindert. Durch ein besonderes Frachterstattungsverfahren konnte die zusätzliche Tarifbelastung der ostpreußischen Wirtschaft vorläufig etwas gemildert werden.

In ähnlicher Weise wie in Ostpreußen wirkt sich auch in *Schlesien* die große Entfernung zwischen Industriestandort und Absatzmarkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der schlesischen Wirtschaft aus. Dabei macht sich vor allem das Fehlen einer ausreichenden Wasserstraße für die Erzeugnisse des oberschlesischen Industriegebiets, das in der äußersten Südostecke des Reichs liegt, bemerkbar. Der in Angriff genommene Ausbau der Verkehrswege und die vorgenommenen Tarifermäßigungen dürften hier eine fühlbare Besserung der Wettbewerbslage gegenüber gleichartigen Erzeugnissen polnisch-oberschlesischen Ursprungs bringen. Im Verkehr mit dem Reich taucht allerdings mit der Fertigstellung des Mittelland-Kanals eine neue Problematik auf, da nach der

Eröffnung dieser Kanalstrecke gewisse Absatzgebiete Oberschlesiens in Mittel- und Norddeutschland auch von dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bedient werden können. Durch besondere Sicherungen hofft man jedoch, allzu starke Verschiebungen in den bisherigen Wettbewerbsgrundlagen vermeiden zu können.

Das Grenzgebiet *Sachsens* ist in verkehrswirtschaftlicher Hinsicht vor allem durch den Verlust seiner böhmischen Absatzmärkte betroffen worden. In neuerer Zeit hat die Umstellung vom Rohstoffbezug aus dem Ausland auf deutsches Material teilweise zu größeren Veränderungen in der Frachtlage geführt. Die erhöhten Frachtkosten fallen dabei um so mehr ins Gewicht, als die sächsische Industrie in hohem Maße Veredelungsindustrie ist und daher von einer Verteuerung der Frachtkosten für die herangeholten Ausgangsstoffe sowie von der Verlängerung der Absatzwege besonders hart betroffen wird. Hinzu kommt, daß nach der Einführung des Staffeltarifs eine Reihe früher nicht wettbewerbsfähiger Erzeugnisse aus anderen Teilen des Reichs von der gleichen Art, wie sie die sächsische Industrie herstellt, nunmehr in Wettbewerb mit sächsischen Erzeugnissen stehen. Im ganzen stehen jedoch im sächsischen Grenzland verkehrswirtschaftliche Aufgaben nicht so im Vordergrund wie in den übrigen Grenzgebieten, da die hier vorliegenden Schwierigkeiten in erster Linie durch die besondere Lage der Verbrauchsgüterwirtschaft bedingt sind.

Vor allem hat die *Bayerische Ostmark* als Grenzland stark unter der Ungunst der Verkehrslage zu leiden. Die dort ansässigen Industrien sind dadurch besonders benachteiligt, daß — nach dem Verlust der böhmischen Absatzmärkte — der größte Teil der Erzeugnisse, in der Hauptsache Glas- und Porzellanwaren, nach außerbayerischen Gebieten geht, also hohe Frachten zu tragen hat, während gleichzeitig ein großer Teil der benötigten Rohmaterialien aus dem Rheinland, Westfalen usw. bezogen werden muß. Die Deutsche Reichsbahn hat sich besonders bemüht, der Notlage dieses Grenzgebiets, das überdies kaum über Wasserstraßen verfügt, durch Gewährung von Ausnahmetarifen Rechnung zu tragen. Ein verkehrswirtschaftliches Sonderproblem stellen hier die Klein- und Stichbahnen dar, die zu einem einheitlichen Verkehrsnetz zusammengeschlossen und deren Verkehr erheblich verdichtet werden müßte. Auch das Straßennetz bedarf besonderer Pflege. Damit dürften auch die Voraussetzungen für einen stärkeren Aufschwung des Fremdenverkehrs geschaffen werden, wofür bereits die ersten Anzeichen vorliegen.

Erhöhter Aufmerksamkeit bedarf die Entwicklung der Verkehrsbedingungen im *badischen Grenzland*, da sich hier zur Zeit weitreichende Umlagerungen in den vorhandenen Verkehrsnetzen anbahnen. Das badische Wirtschaftsgebiet ist infolge seiner relativ krisenfesten Wirtschaftsstruktur nie recht als notleidendes Grenzland anerkannt worden. Mit der Loslösung Elsaß-Lothringens vom Reich und dem weitgehenden Ausfall der Schweiz als Abnehmer ist aber nicht nur ein großer Teil der früheren Absatzgebiete verlorengegangen, sondern vor allem auch das nordbadische Gebiet durch den wachsenden Ausbau des oberrheinischen Schiffahrtsweges und durch die Fortführung des Neckar-Kanals in Mitleidenschaft gezogen worden. Beachtliche Teile des Güterverkehrs, die in den ersten Nachkriegsjahren noch über Baden gingen, sind inzwischen nach Westen — zu den Umschlagplätzen Straßburg und Basel —, zum Teil auch nach Südosten in das württembergische Hinterland abgewandert. Als Folge der Verlagerung der Verkehrsströme ist in den letzten Jahren in zunehmendem Maße eine Industrieverlagerung nach günstiger gelegenen Standorten zu beobachten, die eine Reihe bedeutenderer Handelsunternehmen abwandern ließ. Auch die Umstellungen in der deutschen Getreidewirtschaft haben sich auf den Umschlagsverkehr und das Lagergeschäft nachteilig ausgewirkt. Durch die Rückkehr des Saarlandes und die Wiederaufrichtung der deutschen Wehrhoheit über die neutrale Zone hat sich die Lage Nordbadens zwar etwas gebessert, um so mehr gerät aber Südwestbaden durch die Entwicklung am Oberrhein in Gefahr, ein toter Winkel des Reiches zu werden.

Anläßlich der Rückkehr des *Saarlandes* zum Reich hat die Reichsbahn eine Angleichung der Frachten an die zum Teil niedrigeren Sätze der früheren Saareisenbahnen herbeigeführt und die Umstellung der Saarwirtschaft auf die veränderten Wettbewerbsverhältnisse wesentlich erleichtert. Da das Saarland zur Bewältigung der Massentransporte und zur Verbesserung der Frachtlage die Durchführung des Kanalprojekts Saar-Pfalz-Rhein verlangt, hat die Reichsbahn einstweilen sogenannte „Als-Ob-Tarife" zugestanden. Dadurch wird im wesentlichen eine Frachtlage hergestellt, als ob die erwähnte Kanalverbindung bereits bestünde. Für das sich an das Saarland anschließende Grenzgebiet von Trier bis Aachen ergeben sich verkehrswirtschaftliche Sonderprobleme, vor allem durch die Abschnürung des *Aachener Industriegebiets* von seinen westlichen Absatzmärkten, Belgien, Niederlande und Nordfrankreich.

Hilfsmaßnahmen

Die Frage, in welcher Weise die Notlage der Grenzlandwirtschaft durch verkehrspolitische Maßnahmen gemildert werden kann, ist von jeher zunächst dahingehend beantwortet worden, daß den notleidenden Grenzgebieten mit Tarifvergünstigungen beigesprungen werden muß. Nicht zuletzt aus diesen Gründen hat sich eine Vielzahl von Ausnahmetarifen bei der Reichsbahn herausgebildet. Den Bemühungen, der Grenzlandnot durch eine entsprechende Tarifpolitik zu steuern, sind aber natürlich gewisse Grenzen gesteckt, wobei auch etwaige Rückwirkungen bei der Erstellung von Ausnahmetarifen auf die Wettbewerbsfähigkeit anderer Notstandsgebiete und der umliegenden Wirtschaftsgebiete sowie die Möglichkeiten einer Konkurrenz mit bereits geltenden Seehafen- oder Durchfuhrtarifen usw. zu beachten sind. Die hier vorliegenden Interessenüberschneidungen sind oft schwer miteinander in Einklang zu bringen. Neben den rein tarifpolitischen Maßnahmen darf aber die Förderung und Erhaltung des Gewerbefleißes in den Grenzgebieten durch den Aufbau eines leistungsfähigen und den besonders gelagerten Wettbewerbsverhältnissen angepaßten Verkehrsnetzes nicht vergessen werden.

Das Grenzlandproblem in der industriellen Mobilmachung des Auslands

Der Standort der einzelnen Industrien, wie er sich im Laufe der historischen Entwicklung herausgebildet hat, ist jeweils durch eine große Zahl von einzelnen Faktoren bestimmt worden. Teils gab die Nähe der Energiequellen, teils die Verfügung über wichtige Rohstoffe den Ausschlag. Anderwärts wieder war es die geschulte Arbeiterschaft oder die besonders günstige Verkehrslage, die bestimmte Industriezweige an sich zog. Obwohl man auch früher schon in gewissem Umfang bemüht war, die kriegswichtigsten Betriebe im Inneren eines jeden Landes zu errichten, haben sich doch in allen Staaten viele wehrwirtschaftlich bedeutsame Industriezweige in den Grenzgebieten angesiedelt.

Mit der Herausbildung der modernen Kriegstechnik ist die besondere Bedrohung der Grenzgebiete offenbar geworden: Eine Zone von rd. 130 km Tiefe liegt im direkten Schußbereich der feindlichen Ferngeschütze; die Luftwaffe der angrenzenden Staaten vermag jederzeit vor allem die Grenzgebiete zu erreichen. Hinzu kommt, daß die modernen Kriege u. a. auf die Abreißung von Grenzgebieten (durch möglichst konzentrierten Einsatz auf geringstem Raum) abzielen, und daß die Überraschungstaktik — die Vorbereitungen nach Ausbruch eines Krieges unmöglich macht — ein wesentliches Moment moderner Kriegsführung bildet[1]).

Diese Zusammenhänge haben in fast allen Staaten umfassende Maßnahmen zur Industrieverlagerung ausgelöst. Die folgenden wenigen Beispiele mögen genügen, um die gekennzeichneten Zusammenhänge zu verdeutlichen.

*

In *Frankreich* hat der Conseil Supérieur de la Défense Nationale schon seit 1931 eine Politik angestrebt, die die Rüstungsbetriebe auf das bestmögliche etwaigen feindlichen Angriffen entzieht. Im besonderen Fall der Luftfahrtindustrie ist als Ansiedlungszone der Westen und Südwesten Frankreichs gewählt worden (begrenzt durch die Linie Granville, Le Mans, Orléans, die Loire und die Rhone, dann, in 25 km Entfernung, den Küsten parallel)[2]). Eine Kompensationskasse — die durch eine 4prozentige Abgabe auf Staatsaufträge finanziert wird — steht mit ihren Mitteln zur Deckung der Umsiedlungskosten bereit[3]). Im übrigen ist eine Grenzzone von 30 km Breite überhaupt aus allen kriegswirtschaftlichen Berechnungen ausgeschaltet worden; neue Fabriken dürfen in den Grenzgebieten nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Regierung errichtet werden[4]).

Die *polnische* Regierung hatte schon mit Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. März 1928 betr. Vergünstigungen von Industrie- und Verkehrsunternehmungen eine Verlagerung wehrwirtschaftlich wichtiger Industrie- und Verkehrsbetriebe angebahnt[1]). Die Durchführung der geplanten Maßnahmen war aber durch die Krise wohl mehr oder weniger verzögert worden. In dem neuen polnischen Vierjahresplan ist der Gedanke der Industrieverlagerung erneut aufgegriffen worden[2]). Im Mittelpunkt des Investitionsprogramms steht nämlich die Schaffung eines polnischen Zentralindustriebezirks in der Umgebung von Sandomierz. Bei diesen Plänen ist bewußt — wie die Debatte im Parlament ergab — davon ausgegangen worden, daß Oberschlesien zu nahe an der Grenze liege. Der zentrale Industriebezirk soll „in Augenblicken der Gefahr der Mittelpunkt für eine organisierte materielle Abwehr" werden; die dort aufzubauende Industrie soll — ähnlich wie die Werke etwa von Skoda, Schneider-Creusot oder Vickers im Ausland — je nach Notwendigkeit Waren des zivilen oder des militärischen Bedarfs erzeugen.

Die *Tschechoslowakei* schließlich, um noch ein drittes Beispiel zu nennen, hat mit ihrem „Gesetz über die Verteidigung des Staates" vom 13. Mai 1936 gleichfalls die Grundlagen für eine planmäßige Industrieverlagerung geschaffen. Wieweit dabei noch andere als wehrpolitische Gründe mitgespielt haben, ist hier nicht zu erörtern. Im § 34 des genannten Gesetzes über Maßnahmen in der Grenzzone[3]) ist jedenfalls die Möglichkeit geschaffen worden, eine planmäßige „Grenzwirtschaftspolitik" zu verfolgen. In einer Entfernung bis mindestens 25 km von der Grenze bedürfen Bauten, Bergwerke und neue Betriebsanlagen der Zustimmung der Militärbehörden; gleiches gilt für die Umwandlung von Waldboden in anderen Boden und umgekehrt. Außerdem kann die Militärverwaltung bei bestehenden Bauten bauliche oder sonstige Maßnahmen fordern, die der Besitzer auf eigene Kosten durchführen muß. Schließlich ist noch die Enteignung von Liegenschaften im Staatsinteresse vorgesehen. Hand in Hand mit dieser planmäßigen Lenkung der Neuinvestitionen geht eine Verlagerung wehrwirtschaftlich wichtiger Betriebe ins Innere des Landes vor sich.

*

Auch Deutschland steht vor der Aufgabe, sich mit der wehrwirtschaftlichen Seite des Grenzlandproblems zu befassen. Hier handelt es sich aber nicht um eine einfache Verlegung kriegswichtiger Industrien ins Reichsinnere; die Raumplanung hat vielmehr zum Ziel, jedes Stück des knappen deutschen Raums so zu verwenden, wie es für die Wehrkraft am besten ist[4]). Zu der Politik der Dezentralisierung muß also ergänzend eine bewußt aufbauende Wirtschaftspolitik in den Grenzlandgebieten treten.

---

[1]) Vgl. hierzu z. B. *R. von Schumacher*, Der Raum als Waffe. Berlin 1935.
[2]) La Journée Industrielle, 14. und 15. 3. 1937 (Nr. 5807).
[3]) Deutsche Bergwerkszeitung vom 18. 1. 1935.
[4]) Loebells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen, XLVII. Jg.

[1]) Kriegswirtschaftliche Jahresberichte 1936. Hamburg 1936. Bericht von Dr. Carl Rothe über Polen.
[2]) Kattowitzer Zeitung 10. Februar 1937.
[3]) Zitiert nach der Ausgabe von Emil Ehrlich in „Stiepels Gesetz-Sammlung des tschechoslowakischen Staates" Folge 78, Reichenberg 1936.
[4]) *Oberst Thomas*, Kriegführung u. Wirtschaft in der Geschichte. Vortrag vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft am 5. 2. 1937 in: Weltwirtschaft, Jahrgang 25, Nr. 3, S. 63-68 (März 1937).

Anschrift des Herausgebers: Berlin-Charlottenburg 2, Fasanenstr. 6; Fernruf: 31 80 71. — Verlag: Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 36, Ausgabe. — Versandort: Berlin. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Gustav Lucae, Berlin. — Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) RM 30.— bezw. (bei vierteljährlicher Zahlung) RM 7.75 je Vierteljahr. — Gedruckt in der Märkischen Druckanstalt G. m. b. H., Berlin N 65.

— Diese Nummer umfaßt zehn Textseiten und zwei Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Einheit	Vorjahr								Gegenwart							
		27. April bis 2. Mai 1936	4.-9. Mai 1936	11.-16. Mai 1936	18.-23. Mai 1936	25.-30. Mai 1936	1.-6. Juni 1936	8.-13. Juni 1936	15.-20. Juni 1936	26.-30. April 1937	3.-8. Mai 1937	10.-15. Mai 1937	18.-22. Mai 1937	24.-29. Mai 1937	31. Mai bis 5. Juni 1937	7.-12. Juni 1937	14.-19. Juni 1937
Woche:		17	18	19	20	21	22	23	24	17	18	19	20	21	22	23	24
1. Tätigkeitsgrad																	
Gesamtzahl der Arbeitslosen[1])	1 000	1762,8	.	.	.	1491,2	.	.	.	960,8	.	.	.	.	*) 776	.	.
darunter:																	
Hauptunterstützungsempfänger[1])[2])																	
in der Arbeitslosenversicherung	„	283,3	.	.	.	202,3	.	.	.	549,0	.	.	.	.	*) 435	.	.
in der Krisenunterstützung	„	706,9	.	.	.	640,1											
Wohlfahrtserwerbslose	„	282,5	.	.	.	245,5	.	.	.	110,5	.	.	.	.	*) 90	.	.
Arbeitslosigkeit, Großbritannien[3])	„	*1831,2*	.	.	.	*1705,0*	.	.	.	.	.	.	.	*1451,3*	.	.	.
Produktion, arbeitstäglich																	
Steinkohle im Ruhrrevier	1 000 t	345,7	344,0	336,6	350,7	350,0	339,3	336,4	349,4	434,0	417,6	433,2	411,8	429,4	416,4	412,0	.
— in Deutsch-Oberschlesien	„	64,9	66,2	64,8	65,3	64,1	65,3	67,4	66,3	80,4	82,2	79,6	80,7	85,7	78,8	.	.
Kokserzeugung im Ruhrrevier	„	68,2	69,9	70,6	71,6	75,4	69,0	71,4	76,6	83,4	82,5	82,7	82,5	83,0	83,9	83,3	.
Steinkohle, Großbritannien[4])	„	*778,2*	*769,1*	*771,3*	*753,7*	*744,3*	*574,4*	*765,5*	*753,4*	*824,9*	*838,2*	*717,1*	*727,3*	*870,1*	*839,9*	.	.
Verkehr, arbeitstäglich																	
Wagenstellung der Reichsbahn	1 000	133,6	134,2	136,5	143,1	140,3	135,1	138,7	137,0	149,1	151,1	147,3	146,8	149,8	144,7	.	.
Kreditsicherheit																	
Vergleichsverfahren	Anzahl	13	15	23	13	5	13	7	10	11	8	7	13	10	.	.	.
Eröffnete Konkurse	„	42	62	65	53	40	33	49	55	49	38	48	35	46	.	.	.
Reichsbank																	
Gold- und Devisenbestand	Mill. *RM*	75	76	75	77	75	76	.	76	74	74	74	74	.	74	74	75
Kapitalanlagen	„	5056	4860	4719	4658	5242	4904	.	4760	5620	5437	5165	4946	.	5520	5252	5031
darunter:																	
Wechsel- und Lombardkredite	„	4497	4312	4180	4120	4704	4374	.	4230	5204	5021	4750	4531	.	5105	4838	4617
Deckungsfähige Wertpapiere	„	240	229	219	219	219	219	.	219	106	105	105	104	.	104	104	104
Depositen (täglich fällige Verbindlichkeiten)	„	688	686	650	747	729	693	.	678	794	776	736	779	.	804	678	716
Bundes-Reserve-Banken U.S.A.																	
Diskontierte Wechsel	Mill. $	*5,3*	*4,6*	*4,8*	*4,8*	*4,8*	*5,9*	*5,4*	*6,5*	*11,0*	*16,8*	*5,7*	*15,3*	*15,7*	*17,5*	*14,3*	*14,3*
Regierungssicherheiten	„	*2430,3*	*2430,3*	*2430,3*	*2430,3*	*2430,3*	*2430,2*	*2430,3*	*2430,3*	*2526,2*	*2526,3*	*2526,3*	*2526,3*	*2526,3*	*2526,3*	*2526,3*	*2526,3*
Zahlungsverkehr																	
Geldumlauf	Mill. *RM*	6350	6084	5989	5860	6438	6110	.	5977	6937	6750	6530	6261	.	6830	6635	.
davon Reichsbanknoten	„	4348	4147	4077	3978	4430	4176	.	4075	4979	4816	4638	4438	.	4902	4726	4561
Postscheckverkehr[5])	„	1225	1413	1341	1045	1487	1132	1480	1278	1476	1362	1653	1268	1694	1476	1555	.
Postscheckguthaben (Bestände)	„	623	633	618	622	631	672	637	595	694	769	743	726	714	734	716	.
2. Wertbewegung																	
Zinssätze																	
Reichsbankdiskont	% p. a.	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Debetzinsen[6])	„	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5
Kreditzinsen[7])[8])	„	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Blankotagesgeld	„	3,18	3,13	2,81	2,48	2,88	2,88	2,71	2,58	2,55	2,80	2,88	2,58	2,52	2,90	2,63	2,81
Monatsgeld[9])	„	3,13	3,13	3,13	3,13	3,13	3,13	3,13	3,13	3,07	3,01	3,06	3,09	3,09	3,02	3,00	.
Privatdiskont	„	3,00	3,00	2,92	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	2,88	.
Warenwechsel mit Bankgiro[10])	„	4,13	4,13	4,13	4,13	4,13	4,13	4,13	4,13	3,20	3,27	3,19	3,28	3,18	3,24	3,30	.
Normale Spareinlagen	„	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Rendite der $4^1/_2$%-Pfandbriefe	„	4,69	4,68	4,68	4,68	4,67	4,67	4,67	4,66	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	4,54	.
Call money New York	„	*0,75*	*0,75*	*0,75*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*
Privatdiskont London	„	*0,55*	*0,55*	*0,55*	*0,55*	*0,56*	*0,59*	*0,75*	*0,91*	*0,55*	*0,55*	*0,55*	*0,55*	*0,55*	*0,56*	*0,72*	*0,72*
„ *Zürich*	„	*2,25*	*2,25*	*2,25*	*2,25*	*2,25*	*2,25*	*2,25*	*2,50*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*	*1,00*
„ *Amsterdam*	„	*1,33*	*2,01*	*2,24*	*2,21*	*2,71*	*4,16*	*4,34*	*4,49*	*0,19*	*0,19*	*0,19*	*0,22*	*0,19*	*0,19*	*0,21*	*0,25*
Effektenmarkt																	
Festverz. $4^1/_2$%-Wertpapiere																	
Kursniveau, gesamt[11])	v. H.	95,36	95,39	95,41	95,56	95,67	95,75	95,79	95,87	98,75	98,79	98,80	98,80	98,81	98,82	98,84	.
—, Pfandbriefe	„	96,03	96,07	96,09	96,23	96,35	96,44	96,45	96,54	99,08	99,07	99,07	99,07	99,07	99,08	99,09	.
—, Kommunal-Obligationen	„	94,03	94,04	94,04	94,11	94,19	94,24	94,34	94,47	98,02	98,16	98,22	98,24	98,23	98,23	98,22	.
—, Öffentliche Anleihen[12])	„	93,78	93,78	93,82	94,20	94,26	94,38	94,48	94,44	98,11	98,22	98,23	98,22	98,28	98,35	98,45	.
5% Industrie-Obligationen[12])	„	102,96	103,09	103,22	103,45	103,43	103,12	102,41	102,26	102,49	102,21	102,26	102,09	102,15	102,11	102,02	.
Aktienindex, gesamt	1924/26 = 100	97,5	97,7	99,3	100,2	100,4	101,8	102,4	101,7	111,2	111,2	111,5	112,0	112,3	112,6	112,9	.
—, Bergbau und Schwerindustrie	„	105,8	106,1	107,9	108,6	108,9	110,6	111,0	109,9	122,0	121,9	122,0	122,4	123,0	123,5	123,7	.
—, Verarbeitende Industrie	„	90,6	90,8	92,3	93,2	93,5	95,1	95,7	95,2	103,8	103,9	104,1	104,5	104,8	105,1	105,5	.
—, Handel und Verkehr	„	101,9	102,0	103,5	104,6	104,8	105,6	106,0	105,4	114,3	114,3	114,9	115,4	115,8	115,7	116,1	.
Devisenkurse in Berlin																	
New York	*RM* je $	2,4902	2,4857	2,4872	2,4886	2,4886	2,4880	2,4873	2,4863	2,4900	2,4918	2,4918	2,4942	2,4948	2,4998	2,4992	2,4993
London	*RM* je £	12,30	12,35	12,36	12,37	12,41	12,48	12,48	12,50	12,31	12,31	12,31	12,33	12,33	12,33	12,33	12,34
Paris	*RM* je 100 fr	16,40	16,36	16,40	16,39	16,39	16,38	16,38	16,38	11,10	11,18	11,16	11,14	11,15	11,14	11,12	11,12
Warenpreise																	
Indexziffern																	
Reagible Waren[14])	1913 = 100	74,6	74,7	74,5	74,5	74,2	74,3	74,2	74,0	79,4	79,4	79,4	79,0	79,8	79,6	79,7	78,7
Großhandelspreise (gesamt)	„	103,7	103,7	103,7	103,7	103,8	104,0	104,1	104,0	105,6	105,6	105,8	105,8	105,9	106,1	106,1	106,0
Agrarstoffe	„	104,9	105,3	105,3	105,4	105,4	105,8	106,0	105,7	103,6	104,0	104,1	104,1	104,0	104,6	104,6	104,5
Industrielle Rohstoffe u. Halbwaren	„	93,5	93,1	93,1	93,1	93,1	93,2	93,3	93,3	96,6	96,3	96,4	96,5	96,6	96,6	96,7	96,3
„ Fertigwaren	„	120,3	120,4	120,5	120,5	120,6	120,6	120,7	120,8	124,1	124,1	124,2	124,2	124,3	124,3	124,4	124,4
darunter: Produktionsgüter	„	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	112,9	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2	113,2
Verbrauchsgüter	„	125,9	126,1	126,2	126,2	126,4	126,4	126,6	126,8	132,3	132,3	132,4	132,4	132,6	132,6	132,9	132,9
Großhandelsindex:																	
Ver. St. v. Amerika (Fisher)	*1926 = 100*	*82,2*	*81,6*	*81,0*	*80,5*	*81,2*	*81,2*	*82,2*	*82,4*	*93,5*	*93,2*	*92,7*	*93,5*	*93,2*	*92,6*	*92,0*	.
Großbritannien (Fin. Times)	*1913 = 100*	*97,3*	*97,1*	*97,2*	*97,3*	*96,5*	*97,3*	*97,1*	*97,3*	*117,4*	*117,6*	*120,3*	*120,7*	*120,4*	*120,2*	*118,5*	.
Großhandelspreise	*RM*																
Roggen, märk., frei Berlin	je 1000 kg	179,0	181,0	181,0	181,0	181,0	183,0	183,0	183,0	175,0	175,0	175,0	175,0	175,0	175,0	175,0	175,0
Rinder, Lebendgewicht, Berlin	je 50 kg	42,0	41,9	41,7	41,9	42,0	42,0	42,3	42,3	41,3	42,3	42,3	42,3	42,3	42,3	42,3	42,3
Rindshäute, südam.[15]), Hamburg	je $^1/_2$ kg	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40	0,40	0,55	0,56	0,56	0,56	0,56	0,56	0,56	0,56
Maschinengußbruch, Düsseldorf[16])	je t	53,0	53,0	54,0	54,0	54,0	54,0	54,0	54,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
× *Baumwolle, New York, loco*	*cts je lb*	*11,55*	*11,65*	*11,66*	*11,72*	*11,76*	*11,77*	*11,79*	*12,00*	*13,26*	*13,65*	*13,12*	*13,36*	*13,27*	*13,19*	*12,59*	**12,36*
× *Weizen, New York, hardw. loco*	*cts je 60 lbs*	*122,00*	*118,75*	*112,62*	*113,75*	*110,75*	*107,12*	*107,00*	*109,75*	*149,12*	*150,12*	*142,87*	*150,00*	*141,62*	*136,12*	*138,75*	**135,87*
× *Kautschuk, First crepe, London*	*d je lb*	*7 7/16*	*7 7/16*	*7 3/8*	*7 3/8*	*7 5/16*	*7 1/4*	*7 3/8*	*7 3/8*	*10 1/16*	*10 3/8*	*10 1/4*	*10 5/16*	*10 1/16*	*9 3/4*	*9 1/4*	** 9 3/16*
× *Kupfer, Electrolyt, London*	*£ je t*	*41,25*	*41,37*	*41,00*	*40,75*	*40,75*	*40,25*	*40,25*	*40,40*	*61,50*	*64,00*	*64,50*	*65,50*	*65,00*	*64,00*	*61,50*	**61,50*

[1]) Nach der Statistik der Arbeitsämter. — [2]) Seit Ende Oktober 1936 „Unterstützte der Reichsanstalt". — [3]) Ohne Nordirland; registrierte Arbeitslose. — [4]) Förderkohle. — [5]) Mittelwert aus Gutschriften und Lastschriften. — [6]) Debetzinsen zuzüglich Vorschußprovision; Satz der Stempelvereinigung. — [7]) Kreditzinsen für täglich fälliges Geld in provisionsfreier Rechnung. — [8]) Der Satz wird bestimmt durch das Habenzinsabkommen der Spitzenverbände der Geldinstitute vom 9. 1. 1932. — [9]) Ab Januar 1937 einschl. des Satzes der Seehandlung. — [10]) Ab Januar 1937 Satz der Seehandlung. — [11]) Ohne Reichsanleihen und ohne Industrieobligationen. — [12]) Ohne Reichsanleihen. — [13]) Bis Ende März 1937 6% Werte; im April 1937 wurde die Reihe auf 5% Papiere umgestellt. — [14]) Maschinengußbruch, Schrott, Messingblechabfälle, Blei, Schnittholz, Wolle, Hanf, Flachs, Ochsähäute, Kalbfelle. — [15]) Buenos Aires; getrocknet. — [16]) Werkseinkaufspreise. — *) Vorläufig. — × Originalpreise, jeweils Donnerstag.

Gegenstand	Einheit[1])		1936 März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	1937 Jan.	Febr.	März	April	Mai
Anzahl der Werktage:			26	24	24	25	27	26	26	27	24	25	25	24	25	26	23
Verkehr																	
Reichsbahn: Wagengestellung, arbeitstägl.	1 000	D	128,6	130,6	138,1	136,8	133,9	133,9	142,4	150,8	154,1	139,0	126,3	131,0	140,6	145,5	148,5
Beförderte Güter[2])	1 000 t	S	32762	29712	31624	32428	33897	32824	35591	40354	38205	34524	32023	*31310*	*34121*	*36011*	.
Binnenwasserstraßen[3])	,,	,,	11607	11854	12928	13313	14116	13433	13471	14543	13623	13226	10276	9061	13083	15215	.
Seeverkehr mit dem Ausland[4])																	
Ankunft	,,	,,	1947	2123	2282	2449	2333	2248	2109	2084	2076	2046	1703	1743	2406	.	.
Abgang	,,	,,	1135	1070	1069	1063	1064	1177	1392	1455	1400	1471	1214	1267	1472	.	.
Beförderte Personen																	
Reichsbahn	1936=100	,,	97,8	92,8	100,4	100,7	96,0	112,4	99,0	100,4	109,6	104,4	113,6	102,8	111,5	99,6	.
Straßenbahnen[6])	,,		99,6	96,5	101,2	94,3	96,3	100,3	97,8	103,5	100,9	111,2	105,1	99,7	108,2	.	.
Reichspost (arbeitstägl.)																	
Aufgegebene Telegramme	1928 = 100	D	45,0	51,4	52,1	47,1	48,8	49,9	51,5	52,1	45,7	50,1	40,0	41,4	49,4	47,3	53,4
Fernsprechnahverkehr[5])	,,	,,	106,3	106,4	106,1	101,6	99,2	97,1	103,5	108,6	109,6	112,5	105,1	110,4	112,8	112,7	.
Fernsprechweitverkehr[6])	,,	,,	98,7	101,2	103,6	102,1	104,0	101,6	106,2	106,2	102,0	102,9	95,6	98,8	106,4	108,0	111,2
Beförderte Pakete[7])	,,	,,	99,5	107,6	107,2	89,0	88,1	88,1	98,8	109,8	118,1	148,1	88,0	99,9	112,2	107,2	105,0
Eingezahlte Postanweisungen und Zahlkarten:																	
Anzahl	,,	,,	103,1	112,6	113,0	105,2	107,0	101,8	101,6	109,4	116,1	126,7	109,3	109,6	113,8	110,9	125,4
Betrag	,,	,,	72,8	82,6	78,8	77,6	76,4	73,9	76,9	79,0	81,7	93,0	77,4	76,1	86,3	80,9	86,1
Binnenhandel (Umsätze)																	
Einkaufsgenossenschaften:																	
Kolonialwarenhändler																	
Edeka-Zentrale	1928 = 100	S	176,0	113,6	108,1	191,3	155,0	137,0	137,5	219,8	150,3	263,0	100,9	123,5	130,2	*122,8*	.
Edeka-Genossenschaften	,,	,,	111,6	111,5	113,7	120,0	141,9	122,7	131,2	146,1	130,0	142,1	104,0	109,7	122,4	*120,3*	.
Drogerien	,,	,,	116,6	118,0	120,6	118,8	125,2	113,2	116,9	123,8	127,8	142,5	110,0	105,7	121,4	*134,7*	.
Hausratgeschäfte	,,	,,	53,7	60,5	61,3	63,3	56,8	56,5	56,0	65,1	89,0	95,4	57,7	74,1	84,3	.	.
Uhrengeschäfte	,,	,,	89,1	72,1	64,6	62,1	42,8	63,9	99,9	140,4	131,1	161,0	73,1	98,5	99,8	*86,5*	.
Bäcker-Lokalgenossenschaften	,,	,,	91,4	90,3	94,4	92,8	111,0	95,6	101,5	103,4	99,0	109,7	82,0	85,2	105,0	*97,0*	.
Fleischer	,,	,,	55,2	60,9	55,5	61,1	65,3	119,7	124,9	83,1	59,3	68,3	48,2	65,5	60,8	*59,8*	.
Gastwirte	,,	,,	131,1	135,5	139,7	133,9	136,3	131,8	142,4	184,1	155,3	175,4	134,4	146,1	161,6	.	.
Schneider	,,	,,	68,4	63,3	65,6	53,8	49,2	45,1	62,3	83,6	79,9	74,0	63,9	65,6	74,1	*102,0*	.
Schuhmacher	,,	,,	60,5	63,4	69,6	64,1	65,0	66,2	74,8	77,8	76,9	63,7	77,0	67,2	73,1	*78,4*	.
Sattler und Polsterer	,,	,,	68,6	56,8	58,6	51,7	59,9	56,4	66,1	64,1	61,4	63,0	57,8	77,9	85,5	*89,0*	.
Maler	,,	,,	78,6	80,1	82,7	85,0	87,4	83,7	96,6	77,0	61,8	54,3	48,0	63,7	90,9	*109,7*	.
Holzverarbeitende Gewerbe	,,	,,	86,4	75,4	77,6	86,3	93,1	117,2	105,5	100,7	100,6	108,8	81,5	82,9	83,7	*94,8*	.
Metallverarbeitende Gewerbe	,,	,,	87,2	96,6	107,1	124,0	126,5	129,4	135,1	123,6	123,0	116,1	94,2	96,6	106,7	*110,9*	.
Einzelhandel insgesamt	1928 = 100	S	69,1	78,4	77,1	65,8	71,3	69,2	73,3	87,2	75,7	120,7	71,3	69,5	82,5	*83,2*	.
Nahrungs- und Genußmittel	,,	,,	75,8	83,1	80,9	72,2	80,4	80,3	82,0	90,9	81,7	119,0	79,2	76,7	89,6	*85,2*	.
Textilien und Bekleidung	,,	,,	65,8	77,5	81,2	59,6	63,6	54,9	61,4	90,6	69,4	135,9	69,5	66,9	79,8	82,1	.
Hausrat und Wohnbedarf	,,	,,	78,4	84,4	82,7	75,1	78,1	81,7	94,2	112,7	97,6	118,6	76,8	80,7	93,3	*104,5*	.
Fachgeschäfte des Einzelhandels:																	
Lebensmittel u. Kolonialwaren	1928 = 100	S	76,7	83,3	80,4	73,4	81,2	80,3	83,2	91,3	82,2	124,1	80,8	78,3	90,9	*85,7*	.
Gemischtwaren (vorw. Lebensm.)	,,	,,	90,1	101,0	103,3	93,3	109,6	106,2	104,9	115,6	103,0	139,9	99,4	93,9	106,3	*114,9*	.
Drogen[8])	,,	,,	63,8	77,4	84,0	74,9	80,3	75,4	75,4	75,4	70,9	109,2	65,7	61,8	71,4	*82,8*	.
Textil- und Manufakturwaren	,,	,,	68,7	79,4	83,1	61,1	64,4	55,8	63,5	93,7	71,3	141,1	72,1	70,2	83,7	84,5	.
Herren- und Knabenkleidung	,,	,,	74,7	106,7	104,0	59,9	75,1	52,2	64,9	121,5	84,5	128,6	69,0	58,9	98,8	116,2	.
Damen- u. Mädchenkleidung	,,	,,	51,0	60,7	67,3	50,4	50,0	68,2	50,0	87,7	63,2	97,7	56,3	59,7	55,2	66,2	.
Schuhwaren[8])	,,	,,	53,0	77,6	85,8	71,1	59,3	63,2	70,2	101,6	68,5	125,0	64,3	58,8	73,7	.	.
Möbel	,,	,,	90,1	91,8	97,5	92,0	94,0	93,2	108,6	138,4	113,6	118,4	86,3	85,5	106,5	*116,6*	.
Glas-, Porzellanwaren, Hausrat	1931 = 100	,,	85,8	97,3	88,1	74,9	94,7	96,0	105,6	107,1	100,4	277,4	*84,1*	*80,2*	*115,0*	.	.
Beleuchtungs- u. Elektrogeräte	1928 = 100	,,	58,4	72,1	50,2	48,4	44,7	61,5	74,4	66,2	74,2	116,3	58,7	80,1	*73,0*	*85,8*	.
Einkommen aus Lohn u. Gehalt	Mrd. *RM*	VS	.	.	*8,58*	.	.	*9,07*	.	.	*8,89*	.	.	.	.	.	.
Verbrauch																	
Fleisch[9])	1 000 dz	S	*3030*	*2693*	*2343*	*2296*	*2274*	*1932*	*2173*	*2608*	*3718*	*4842*	[20])*3376*	*3198*	.	.	.
Zucker[10])	,,	,,	1109	921	1088	1489	1904	1242	1148	1879	1412	1314	815	950	1151	.	.
Ausländ. Gewürze[11])	,,	,,	6,2	4,9	5,2	5,8	9,5	7,1	7,2	11,6	11,4	11,3	5,5	7,3	7,5	7,9	.
Kaffee[11])	,,	,,	116,1	123,9	128,3	129,3	148,2	113,9	130,0	142,7	132,9	159,0	139,0	133,8	141,9	170,9	.
Tee[11])	,,	,,	3,5	3,3	3,7	2,9	3,5	3,3	3,5	4,2	3,9	5,0	3,5	4,3	4,4	4,4	.
Kakao, roh[11])	,,	,,	65,9	56,6	54,2	66,5	54,4	54,5	68,4	81,6	70,5	57,0	32,4	68,7	55,2	45,3	.
Südfrüchte[11])	,,	,,	900,0	778,1	518,9	391,4	262,3	189,1	180,7	307,1	415,7	455,4	300,7	373,3	521,8	521,6	.
Bier[12])	1 000 hl	VS	.	.	10921	.	.	11236	.	.	8928	.	.	8580	.	.	.
Zigaretten[13])	Mill. Stck.	S	3116	3173	3371	3362	3390	3169	3316	3542	3140	2968	2987	2822	3164	3622	.
Zigarren[13])	,,	,,	673	659	661	663	729	667	721	742	764	735	655	667	719	750	.
Rauchtabak[13])[14])	1 000 dz	,,	26,9	26,7	27,3	26,8	27,8	26,6	28,3	28,4	25,1	24,4	24,2	24,8	26,8	28,7	.
Außenhandel [15])																	
Einfuhr insgesamt	Mill. *RM*	S	356	361	337	360	346	346	336	356	356	367	336	347	409	477	447
Ausfuhr insgesamt	,,	,,	379	366	372	371	395	409	412	431	422	457	415	406	462	492	456
Einfuhr- (—) bzw. Ausfuhr- (+) Überschuß	,,	,,	+23	+5	+35	+11	+49	+63	+75	+75	+66	+90	+79	+59	+53	+15	+ 9
Einfuhr:																	
Ernährungswirtschaft	,,	,,	143	130	118	119	105	108	109	126	140	139	116	125	155	181	169
Gewerbliche Wirtschaft	,,	,,	213	231	219	241	241	237	227	230	216	228	216	219	250	291	274
Rohstoffe	,,	,,	125	140	131	140	139	133	126	127	123	128	131	134	150	173	165
Halbwaren	,,	,,	57	61	56	67	68	70	68	61	59	65	58	60	68	84	80
Fertigwaren	,,	,,	31	31	32	34	34	35	33	42	35	35	27	25	32	34	29
Ausfuhr:																	
Ernährungswirtschaft	,,	,,	9	7	7	6	7	5	5	6	7	9	8	7	8	8	6
Gewerbliche Wirtschaft	,,	,,	370	358	365	364	389	404	407	425	414	448	407	399	454	483	449
Rohstoffe	,,	,,	31	32	32	34	33	36	38	40	35	40	37	40	43	49	45
Halbwaren	,,	,,	39	36	36	35	38	37	40	40	38	43	41	39	42	45	42
Fertigwaren	,,	,,	301	290	298	295	318	331	328	346	342	365	330	320	369	390	362
Zahlungsverkehr																	
Geldumlauf	Mill. *RM*	E	6266	6350	6438	6351	6447	6538	6653	6711	6646	6964	6724	6738	6838	6937	6830
Abrechnungsverk.[16]) } Reichsbank	,,	S	4824	4989	4849	5203	5371	4815	5288	5928	5089	5834	5405	5018	5800	6263	5552
Giroverkehr[17]) } Reichsbank	,,	,,	27195	29249	28027	29404	31380	27290	28990	31921	29425	33355	33007	29717	35969	37636	34810
Spargiroverkehr[18])	1 000 St.	,,	3676	3872	3719	3905	4238	3753	3954	4360	4072	4751	4166	3948	4217	4370	.
	Mill. *RM*	,,	1433	1437	1358	1522	1645	1428	1479	1582	1441	1821	1643	1479	1737	1741	.
Postscheckverkehr[19])	,,	,,	5548	5786	5509	5790	6122	5697	5998	6482	6051	6803	6257	5678	6450	6821	6179

[1]) D = Monatsdurchschnitt, E = Monatsende, S = Monatssumme, VS = Vierteljahrssumme. — [2]) Im öffentlichen Verkehr. Einschl. Güterverkehr für Zwecke der Reichsautobahnen. — [3]) Ein- und Ausladungen in den wichtigeren Häfen. — [4]) Güterverkehr über 19 Seehäfen, ohne die Rheinhäfen mit Seeverkehr. — [5]) Ortsgespräche. — [6]) Von Ort zu Ort; Ferngespräche nach dem Inland, nach und aus dem Ausland und Schnellgespräche. — [7]) Ohne versiegelte Wertpakete, Verkehr im Inland, nach und aus dem Ausland. — [8]) Nach Ermittlungen der Forschungsstelle für den Handel. — [9]) Schlachtungen und Einfuhrüberschuß. — [10]) In den freien Verkehr gesetzte Mengen von Verbrauchszucker. — [11]) Einfuhrüberschuß. — [12]) Versteuerte und steuerfrei abgelassene Mengen abzüglich Ausfuhrüberschuß. — [13]) Versteuerte Mengen. — [14]) Feinschnitt und Pfeifentabak. — [15]) Reiner Warenverkehr; neue Gliederung. — [16]) Einschl. Eilavisverkehr; Einlieferungen. — [17]) Mittelwert aus Einnahmen und Ausgaben. — [18]) Reiner Spargiroverkehr über Girozentralen, einschl. Platzverkehr der Girozentralen; nur eine Seite gezählt. — [19]) Mittelwert aus Gutschriften und Lastschriften. — [20]) Von der Berichtsstelle korrigiert. — *Vorläufige Zahlen sind kursiv gesetzt.*